

Der Kampf um die Mark

25. Juni. Die neue Devisenverordnung der Reichsregierung findet in der Presse wenig Zustimmung. Allgemein verweist man vor allem darauf, daß man durch diese neue Verordnung vielleicht einige Ausschreitungen der Spekulation zu bekämpfen vermag, daß man aber zu den Burgen des Uebels, denen die Markentwertung zuzuschreiben ist, mit allen Verordnungen und Bestimmungen nicht vordringt. Man sieht daher auch dem zunächst erreichten Rückgang des Dollarkurses noch recht skeptisch gegenüber, da sich die Auswirkung der neuen Verordnung noch nicht klar übersehen läßt. Man verweist auf das Ansteigen der Notenzahl, die nach dem letzten Reichsanfahrsweis wiederum um 1 1/2 Milliarden gewachsen ist, so daß der Notenumlauf jetzt die gewaltige Höhe von 10,9 Milliarden erreicht, wobei zu dem bevorstehenden Halbjahreschluß mit neuen starken Anforderungen an die Reichsbank zu rechnen ist. Die Regierung scheint entschlossen, den Kampf um die Mark mit Energie fortzuführen. Wie versichert wird, sind weitere Maßnahmen zu erwarten, so daß die jetzt erlassene Verordnung, noch der Devisenhandel nur noch zum amtlich notierten Einheitskurs möglich ist, nur ein Vorläufer weiterer Verordnungen und Maßnahmen sein würde. Der Reichszentralbankrat hat in dem Beschlusse der Länder in einem telegraphischen Rundschreiben auf die Bedeutung dieser Verordnung besonders hingewiesen und sie ermahnt, die Reichsregierung bei der Durchführung der beschlossenen neuen Maßnahmen durch rücksichtsloses Eingreifen gegen illegitimen Handel und schwarze Börsen zu unterstützen, wie auch die Reichsregierung mit aller Energie und allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln solche Erscheinungen rücksichtslos unterdrücken würde.

26. Juni. (Tel.) „Germania“ meldet, die Ausführungsbestimmungen für die neue Devisenverordnung sind bereits fertiggestellt und werden heute oder morgen dem Reichsminister vorgelegt. Dem gleichen Blatt zufolge wurden der Reichsverband der deutschen Industrie und die großen Organisationsverbände des Handels von der Regierung ermahnt, ihrerseits auf Markstabilität in materieller Weise beizutragen.

Englands Fragebogen, Frankreich und Belgien

Paris, 27. Juni. (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Belgien wegen der Beantwortung des englischen Fragebogens sind vollkommen zum Stillstand gekommen. In Frankreich wünscht man erst die Lösung der belgischen Ministerkrise abzuwarten, ehe diese Verhandlungen wieder aufgenommen werden, weil man den Eindruck gewonnen hat, daß Außenminister Jaspar, solange das Kabinett nicht gebildet ist, keine bindenden Verpflichtungen in der Ruhrpolitik eingehen wolle. Poincaré möchte jedoch dem englischen Kabinett erst dann eine Antwort erteilen, wenn er der un eingeschränkten Zustimmung der belgischen Regierung zu der bisherigen Ruhrpolitik sicher ist.

Ethamer bei Curzon

London, 27. Juni. (Priv.-Tel.) Der deutsche Botschafter Dr. Ethamer hatte gestern eine lange Unterredung mit dem englischen Außenminister Lord Curzon.

Garding gegen die Annullierung der Kriegsschulden

New York, 27. Juni. (Tel.) In einer Rede in Salt Lake-City sagte Präsident Garding, es sei viel von der Annullierung der Kriegsschulden geredet worden. Durch die Annullierung würde das Geschäftleben schweren Schäden erleiden und das Vertrauen würde erschüttert werden, das man auf internationale Abmachungen setzen müsse. Als Amerika und England beschließen, ihre Verpflichtungen zu halten, habe man feststellen können, daß überall in der Welt eine Erneuerung des Vertrauens junger getreten sei. So habe dieser Beschluß im Sinne der Wiederherstellung der Stabilität und des Vertrauens in der Welt gewirkt.

Die Durchführung des Rapallovertrages

Berlin, 27. Juni. (Priv.-Tel.) Nachdem kürzlich der Reichstag die territoriale Ausdehnung des Rapallovertrages auf die mit Moskau ununterbrochen ruffischen Sowjetrepubliken genehmigt hat, fanden gestern im Auswärtigen Amt Verhandlungen zur materiellen Ausgestaltung des Vertrages statt. Als erster Punkt wurde die Ausarbeitung eines Konsularvertrages in Angriff genommen, nachdem vorher die Frage der Geschäftsordnung besprochen war.

Kraffin auf der Reise nach Moskau

Berlin, 27. Juni. (Priv.-Tel.) Heute wird in Berlin die Ankunft Kraffins aus London erwartet. Kraffin begibt sich von hier aus nach Moskau, wo er seiner Regierung über den Verlauf seiner Londoner Verhandlungen Bericht erstatten und vermutlich neue Instruktionen einholen wird, da der englisch-russische Konflikt, obwohl er an seiner ursprünglichen Schärfe verloren hat, dennoch in London noch nicht in allen Punkten als beigelegt betrachtet wird. Auch der Berliner Sowjetbotschafter Krestinski reist heute nach Moskau, wo er an der Tagung des Allrussischen Zentralerekutivkomitees und des Zentralerekutivkomitees des Bundes der Sowjetrepubliken teilnehmen wird. Krestinski fährt voraussichtlich am 10. Juli nach Berlin zurück.

Frankreichs Handelsbeziehungen zu Rußland

Paris, 23. Juni. Im Laufe der gestrigen Staatsberatung im Senat sprach der Senator De Monzie für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland. Wir haben nicht darüber zu urteilen, sagt Monzie, was das Sowjetregime wert ist. Wir nehmen als Tatsache hin, daß es besteht. Es handelt sich nicht darum, diplomatische Beziehungen mit Rußland anzuknüpfen, aber das Problem der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland verlangt eine Lösung. Nur Frankreich, Belgien und die Vereinigten Staaten führten diese noch nicht durch. Nach seiner Ansicht bestimme Frankreich nicht die mindeste Information über Rußland. Politiker wie Herriot können über die Bedingungen Aufklärung geben, unter denen man Geschäfte mit Rußland wieder aufnehmen könne. Frankreich müsse neue Gebiete für seine wirtschaftliche Ausdehnung finden. Schließlich stellt Monzie die Frage, ob Frankreich an der Ausstellung in Moskau am 15. August teilnehmen werde. Er glaube, Frankreich müsse überall da sein, wo man Handel treibe und arbeite.

Erfolg der zweiten Getreideanleihe in Rußland

Moskau, 25. Juni. Nach Mitteilungen der Sowjetpresse hat die Zeichnung auf die zweite Getreideanleihe überall einen großen Erfolg. In Petersburg und im Nordgebiet seien bereits 2 255 000 Pfd. der Getreideanleihe untergebracht worden.

Japan erkennt Sowjetrußland nicht an

London, 27. Juni. (Priv.-Tel.) Nach Mitteilungen aus japanischer Quelle ist es unrichtig, daß Japan bereit wäre, die Sowjetregierung die jure anzuerkennen. Bei den gegenwärtigen Besprechungen handelte es sich lediglich um einen Gedankenaustausch, um in den Fragen Sibiriens und der Fischerei an der Insel Sachalin zu einem Einvernehmen zu gelangen. Bekanntlich waren zwei Konferenzen über dieselbe Angelegenheit erfolglos.

Interträgliche Verhältnisse in China

Paris, 26. Juni. (Tel.) Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ sind die Verhältnisse in China so unruhig geworden, daß die amerikanische Handelskommission im Zusammenhang mit dem Vereinigten Staaten telegraphisch um entschiedene Maßnahmen zur Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse in China ersuchte.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 18. Juni 1 200 000, also 3548 mehr als in der Vorwoche.

Piktör Ropp russischer Handelsrat-Referent

Moskau, 26. Juni. Viktor Ropp, der ehemals in Deutschland tätige Vertreter der russischen Regierung, wurde in das russische Außenministerium als Referent für die Handelsknoten einschließlich Rumaniens berufen.

Die deutsch-litauischen Verträge

Wie der deutsche Gesandte in Litauen Dr. Olschhausen litauischen Pressevertretern erklärte, haben die Vertreter beider Staaten bei den jüngst abgeschlossenen Verhandlungen über die Regelung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen sich von dem durch guten Willen geförderten Bestreben leiten lassen, jede noch vorhandene Differenz aus dem Wege zu schaffen, um etwas Lebensfähiges zu errichten. Der am 31. Mai geschlossene deutsch-litauische Kompensationsvertrag sieht einen Strich unter die alten noch aus dem Kriege datierten Rechnungen, indem er gleichzeitig die litauische Währungsreform berücksichtigt und beiden Vätern das Recht der Börsennotierung im anderen Staat einräumt.

Auf dieser Grundlage wurde am 1. Juni in Dresden der deutsch-litauische Handelsvertrag, dessen Prärogative über den Rahmen eines solchen im gewöhnlichen Sinne des Wortes aufzufassen Abkommens hinausragen, unterzeichnet. Der 33 Abschnitte umfassende Vertrag berücksichtigt die verschiedensten Erscheinungen des Wirtschaftslebens und sieht des verschiebener Ergänzungsverträge vor, sofern das praktische Leben solche als geboten erscheinen lassen sollte. Das wären Uebereinkommen in Fragen des gegenseitigen Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrs, Schutz der Verfasserechte, Beseitigung doppelter Besteuerung, Regelung juristischer Angelegenheiten, Konsularfragen, Erbschaftsangelegenheiten, Kampf gegen Seuchen, Flugverkehr u. a. m.

Der Handelsvertrag gewährt beiden Partnern das Recht der Reisefreiheit, bis auf Litauens Beziehungen zu den anderen baltischen Staaten und Deutschlands Beziehungen zu Oesterreich. Weiter regelt der Vertrag Fragen der Seideler, der Geschäftsreisen, sowie der gegenseitigen Anerkennung von Aktiengesellschaften und anderen Handelsunternehmen. Beide Teile behalten sich freie Hand vor in der Festsetzung der eigenen Zolltarife, sind aber dahin übereingekommen, daß die künftige Zollpolitik gewisse Grundbedingungen und Rechte des anderen Staates nicht außer acht lasse. Es wird Genaueres bestimmt über Saisonarbeiter, den Eisenbahn- und Luftverkehr, die Binnenschifffahrt, den Reiseverkehr und andere Fragen. Es ist vorgesehen worden, Streitfragen der Entscheidung eines Schiedsgerichts zu unterbreiten, dessen Bestand und Befugnisse in einem solchen Maße in allen Einzelheiten und für alle Fälle vorgegeben sind, daß volle Gewähr für eine friedliche Regelung jedweder Meinungsverschiedenheit geboten wird.

Dr. Olschhausen schloß seine Ausführungen mit der Versicherung, daß beide Teile den Wunsch offenbart haben, nicht nur das wirtschaftliche Leben, sondern auch die diplomatischen Beziehungen beider Staaten in Bahnen zu lenken, deren Verlauf ihnen beiden die erhofften Erfolge bringen dürfte.

Ergebnisse der lettisch-litauischen Eisenbahnkonferenz

Riga, 25. Juni. Die lettisch-litauische Eisenbahnkonferenz führte zu einem auch für Deutschland zum Teil wichtigen Abkommen. Danach soll eine direkte Verbindung Wittenberg-Riga eingerichtet werden, so daß also in nächster Zeit der lästige Umfahrungenverkehr in Wittenberg bei den Deutschland-Randstaaten zugehen in Fortfall kommen wird. Der direkte Verkehr wurde ferner vereinbart für die Strecken Weiden-Ramstahl und, wie schon gemeldet, Riga-Memel über Prekuli und Edden. Für die Regelung des Verkehrs auf den Anstößen Litauen, Janitschi, Driwa, Nohseki und Prekuli werden neue Bestimmungen erlassen.

Der litauische Staatspräsident

Der neugewählte Präsident Alexander Stulginkas ist 1885 im litauischen Asele geboren und hat die Mittelschule besucht. Sodann besuchte er die Hochschule in Jungsburg und beendete in Halle die agronomische Fakultät. An der litauischen nationalen Bewegung hat Stulginkas schon als Schüler teilgenommen. Nach Beendigung seines Studiums im Jahre 1913 hat er als Agronom in der Landeintrichtungsmission des litauischen Gouvernements gearbeitet. Damals leitete er die Landwirtschaftszeitung „Bienujimas“. Während der Okkupationszeit hat er als Mitglied der Hilfskommission für die Kriegsbeschädigten gearbeitet. 1917 arbeitete er an der Einberufung der litauischen Konferenz in Wilna mit. Er wurde von der Konferenz zum Mitglied des litauischen „Taryba“ (Rat) gewählt und übernahm im Siegenkabinett einen Ministerposten ohne Portefeuille an. Im Dawidaitis-Kabinett war er Innenminister, im zweiten Siegenkabinett wurde er Landwirtschaftsminister. In die litauische verfassunggebende Versammlung wurde er als Kandidat der christlich-demokratischen Partei gewählt, später als Vorsitzender der Konstituante. Beim Zusammentritt des litauischen Seins im Jahre 1922 wurde er zum Staatspräsidenten gewählt.

Eisenbahnverhandlungen zwischen Danzig und Polen

Danzig, 25. Juni. Auf Grund der Verhandlungen, die in den letzten Tagen zwischen dem Senat der Freien Stadt Danzig und der Regierung der Republik Polen stattgefunden haben, wurde bis zur endgültigen Entscheidung des Völkerbundes, die in der nächsten Tagung des Völkerbundes gefällig werden soll, folgende freie vorläufige Vereinbarung getroffen: Die polnische Staatsbahndirektion behält weiterhin ihren Amtssitz in Danzig, wobei grundsätzlich die Zuweisung und Anerkennung des ihrer Verwaltung unterstehenden Eisenbahnetzes unverändert bleibt. Die polnische Eisenbahnverwaltung wird im wesentlichen die Grundzüge der Sachverhaltenden vom 12. und 13. Juni 1923 einhalten und wird ohne Beeinträchtigung der Organisation und der Tätigkeit der Direktion eine übermäßige wirtschaftliche Belastung der Freien Stadt Danzig vermeiden, und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Umstandes, daß die polnische Staatsbahndirektion auch die außerhalb der Freien Stadt Danzig in Pommern liegenden Eisenbahnlinien verwaltet. Der Senat der Freien Stadt Danzig behält sich vor, seine Wünsche wegen Ausgestaltung und Verbesserung des Verkehrs bei den vorgesehenen weiteren Verhandlungen vorzubringen.

Nord- und Südtirol

G.A.N.D. Im Tiroler Landtag wurde am 8. Mai gegen die Gewaltmaßnahmen der italienischen Regierung in Südtirol Protest erhoben. In der von der großdeutschen, aristokratischen und sozialdemokratischen Partei gefassten Entschließung hieß es u. a.:

„In der letzten Zeit mehrten sich die Fälle, wo unter unwürdigen Vorwänden Deutsche österricher Staatsbürgerhaft, die schon jahrelang in Südtirol ansässig sind, von dort ausgewiesen werden. Sollte die gegenwärtige italienische Regierung dieses dem Völkerrecht und den gutnachbarlichen Beziehungen widersprechende Vorgehen fortsetzen, so müßte dies zu Repressalien führen. Die Tiroler Landesregierung wäre genötigt, ihre Leute dadurch zu schützen, daß sie Reichswehrtruppen ausweist, die bisher ausnahmslos in Oesterreich wohnen und verkehren konnten.“

Die Besprechungen der italienischen Behörden gehen weiter auf gewaltsame Italianisierung der Deutschen Südtirols aus. Hierzu gehört die Verordnung, daß eine ganze Anzahl von deutschen Gemeinden nur mehr italienische Ortsbezeichnungen führen dürfen. Es ist dies eine große Verletzung der Freizügigkeit und eine Verletzung historischer Ueberlieferungen. Die Verordnung widerspricht auch dem wirtschaftlichen Interesse, da durch die Italianisierung der Ortsnamen der Geschäftsverkehr beeinträchtigt wird. Die Landesregierung wird vom Landtag daher beantragt, daß der Bundesregierung gegen die Entziehung der Deutschen Südtirols zu protestieren und sie aufzufordern, auf diplomatischem Wege unter Hinweis auf sonstige Gegenmaßnahmen die sofortige Einstellung der Ausweisung Deutschösterreicher aus Südtirol und die Zurücknahme jener Verordnungen zu verlangen, die gegen die deutschen Ortsbezeichnungen gerichtet sind. Schließlich soll die Bundesregierung auch fordern, die Sache an den Völkerbund weiterzuleiten.

Neues vom Tage

22 Millionen Mark Vohngelder geräumt
As. Berlin, 25. Juni. (Priv.-Tel.) Ein überaus verzweigt wandelndes Versteigerungsamt wurde am Sonntag auf dem Lububuro der städtischen Gasanstalt in Charlottenburg versteigert. Gegen 11 Uhr drangen dort mit Pistolen und Dolchen bewaffnete maskierte Räuber ein und raubten 22 Millionen Mark Vohngelder, die der Beamte abgezählt bereit liegen hatte, um sie an die Arbeiter der Nachtschicht auszuzahlen. Die Täter sind mit ihrer Beute unerkannt entkommen.

Anschlag auf Berliner Schieber

Aus Halle wird berichtet: Auf der Wiesenburg Eisenbahnstrecke entdeckte ein Streckenwärter am Nachmittag zwischen Trosen und Meinsdorf, nahe der Höllebrücke, daß von einer Gleisverbindung die Mutter losgeschraubt und Bolzen herabgezogen waren. Mit Kreide hand auf den Schwellen geschrieben, daß die Berliner Schieber, die mit dem Schnellzug 162 von Berlin kommen, in der Hölle erlaufen sollen. Ein Unglück konnte rechtzeitig verhindert werden.

Jugendliche Millionendiebe

Halle a. S., 25. Juni. Zwei Kaufleute der Gewerkschaft Michel Besta in Groß-Mayna nahen 48 Millionen Mark Vohngelder aus dem Vohngeld und stahlten. Dem Fabrikportier hatten sie erklärt, sie hätten im Paket Altpapier, das sie fortzuschaffen.

Tod infolge Fahrlässigkeit

Wittenberge, 26. Juni. Bei einer gefälligen Zusammenkunft im hiesigen Rathsaal zwischen verschiedenen Stadträten der Stadt Wittenberge wurde die Polizeistunde überschritten. Als ein Postbetriebsassistent kam, um sich nach der Ursache der Polizeistunden-Überschreitung zu erkundigen, wurde er zu einem Schoppen eingeladen. Dabei nahm der erste Bürgermeister der Stadt Wittenberge die Dienstwaffe des Polizisten zur Hand und besichtigte sie. Bei der Rückgabe derselben ging ein Schuß los, der den Stadtrat Lehmann so unglücklich traf, daß er seinen Verletzungen erlegen ist. Die Sache ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Ein ungeheurer Postbeamter

München, 23. Juni. Der Münchener Postbeamte gelang die Festnahme eines Münchener Postassistenten, der ähnlich wie der Oberpostinspektor Pfaffinger seit April 1919 Wertpapiere und Auslandsbriefe mit Geldbündeln unterrichtete. Der Wert der Unterbringungen geht in viele Millionen. Der Täter ist geflüchtet.

Der Ausbruch des Aetna

Rom, 27. Juni. (Priv.-Tel.) Der Ausbruch des Aetna kann als beendet betrachtet werden. Wo die Lava noch nicht vollständig zum Stillstand gekommen ist, rückt sie nur noch ganz allmählich vor. Die Bevölkerung kehrt in ihre Wohnungen zurück und dankt den Schutzbehörden für die Errettung.

Flugzeug in London-Prag

Prag, 22. Juni. Anfang Juli soll der Flugdienst London-Prag eröffnet werden. Die Hälfte der Kosten trägt die tschecho-slowakische Regierung. Die Strecke soll mit zwei Zwischenlandungen überwandern werden. Es wird möglich sein, die Post und die Reisenden im Laufe eines Tages zwischen den beiden Städten hin und zurück zu befördern.

Hochbahnunglück in New York

New York, 26. Juni. (Tel.) Gestern stürzten zwei Hochbahnwagen vom Bahndamm auf die Straße. Sechs Personen wurden getötet, 40 verwundet.

40 Menschen beim Einsturz eines Hauses getötet

Kalcutta, 27. Juni. (Tel.) Das mohammedanische Kram- und Wollenshaus ist zum Teil eingestürzt. Dabei wurden 40 Menschen getötet, einige schwer verletzt und 25 leicht verletzt. 17 Personen werden vermisst.

Die Mecklenburger Mordaffäre

Berlin, 27. Juni. (Tel.) Das Polizeipräsidium teilt mit, in der Mecklenburger Mordaffäre habe die Berliner politische Polizei heute früh zwei weitere Personen unter dem Verdacht der Mordbegünstigung fest. Die beiden Verhafteten wurden einem eingehenden Verhör unterzogen, nach dessen Abschluß beide weiter in Haft gehalten wurden. Die beiden Verhafteten, die beide der aufgelösten Deutsch-Völkischen Freiheitspartei angehören, sollen früher im Berliner Büro der Arbeitsgemeinschaft Hoffbach tätig gewesen sein.

Wegen Landesverrats vor dem Reichsgericht

Berlin, 26. Juni. (Tel.) Vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts begann laut Tagesblatt in Leipzig der Landesverratsprozess gegen sieben Personen, die beschuldigt sind, in Münster, Bielefeld und Gagen mit dem Feind in Verbindung gestanden und sich bemüht zu haben, von Angehörigen der Wehrmacht durch Bestechung Material zu erlangen. Die Öffentlichkeit wurde wegen Gefährdung der Staatsicherheit ausgeschlossen.

Reiz Volksabstimmung in Hannover

Hannover, 26. Juni. (Tel.) Das Direktorium der Deutschen Hannoverischen Partei veröffentlicht in der „Hannoverschen Landeszeitung“ ein Schreiben des Abgeordneten Alpers und des Grafen Bernsdorff an den Innenminister, worin beide sich der Ansicht des Ministers anschließen, daß die wünschenswerte Gleichheit der Abwehrkämpfe gegen den Einbruch Frankreichs in das Ruhrgebiet eine Volksabstimmung zur Zeit noch verbiete. Da der Minister aber eine weitere Zurückziehung des Antrags für unzulässig erachtet, zeigen sie hiermit ihren Antrag vom 18. September 1922 zurück und beschließen sich vor, den Antrag zur gegebenen Zeit wieder einzubringen.

Ein neuer Weg zur Universität in Preußen

Wie bereits gemeldet, ist vom preussischen Kultusminister ein Erlaß erlassen, wonach Personen, die infolge hervorragender Anlagen und ausgezeichneter, namentlich in ihren Verufe vollbrachter Leistungen die Gewährung eines akademischen Studiums zu höherer geistigen Leistungen zu gelangen, von Fall zu Fall durch besondere Entscheidung des Ministers zu einem bestimmten Hochschulstudium auf preussischen Universitäten zugelassen werden können. In erster Linie sollen besondere Leistungen im Bereiche des Wertes werden. Daneben ist ein Mindestmaß an allgemeiner Bildung notwendig, und hierbei wird mehr Wert auf Denkfähigkeit und Auffassungsgabe, als auf das Maß bloßen Wissens gelegt. Von urteilsfähigen Personen, die den Bewerber nach seinen bisherigen Leistungen kennen und dem Wesen wissenschaftlicher Arbeiten nicht fernstehen, kann der Antrag auf Zulassung des Bewerbers zu einem bestimmten Studium beim Kultusministerium gestellt werden. Eingereicht sind dabei: ein ausführlicher Lebenslauf, Nachweise über Berufsbildung und Leistungen, Darlegung der bisherigen wissenschaftlichen Beschäftigung, Zeugnisse und eine nähere Begründung des Besuchs. Danach findet in Berlin eine Prüfung statt, bei der eine schriftliche Arbeit unter Klausur über eine den Bewerbers oder dem Bereiche des Bewerbers nachstehende Aufgabe zu fertigen ist und schließlich wird ein Kollegium mit dem Bewerber abgehalten. Ist die Genehmigung zum Studium erfolgt, so hat der Bewerber die vollen Rechte der übrigen Studierenden, welche ein Zeugnis besitzen. Jedoch hat sich der Minister die Zulassung zu einer Staatsprüfung vorbehalten.

Kurze Nachrichten

Wie die „Post. Ztg.“ hört, wird in ungefähr 14 Tagen dem Reichstag der Entwurf für die Prägung eines 1000-Mark-Stückes vorgelegt werden. Das Stück ist im Stil der Zweimarkstücker und fünfzigmilimeter gehalten und dürfte ungefähr fünf Millimeter mehr Umfang haben, als der jetzige Verfassungstaler. Anfang Juli soll in Deutschland der 500-Mark-Stücklein zur Ausgabe gelangen. Er ist im Format des provisorischen 500-Mark-Stückchens gehalten, jedoch drei Millimeter länger und sieben Millimeter höher. Auf der Vorderseite wird er zwei antike Köpfe tragen, die sich anblicken. Die Farbe ist blankgold.

Der Präsident des Danziger Senats begab sich in Begleitung des Regierungsrats Herber zu Verhandlungen des Rates der Völkerbundes nach Genf.

Missionsgottesdienst. In dieser werden wir einen interessanten Besuch in Memel haben.

Doktorpromotion. Am 20. Juni verlieh die Philosophische Fakultät der Albertus-Universität Herrn Walter Alfred...

Dankschreiben Hermann Sudermanns. Aus Anlass des Ablebens der Mutter unseres großen und berühmten Landesmanns Hermann Sudermann...

Das Pferdebestimmungsbuch Memellands e. V. beabsichtigt, wie wir geschrieben, Ende August eine Auktion vorzunehmen...

Die Auszahlung der Militärenten durch die Post den Monat Juli kann, wie uns vom Landesdirektorium mitgeteilt...

Die ehemaligen 41er, die sich zu der am Sonntag, den 17. Juni...

Herrenabend des Rudervereins. Der Ruderverein Memel veranstaltet heute, Mittwoch, abends 8 Uhr...

Der Verband Kaufmännischer Angestellter. Am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Der Vorstand Kaufmännischer Angestellter. Am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Der Vorstand Kaufmännischer Angestellter. Am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Der Vorstand Kaufmännischer Angestellter. Am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Der Vorstand Kaufmännischer Angestellter. Am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Der Vorstand Kaufmännischer Angestellter. Am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Der Vorstand Kaufmännischer Angestellter. Am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Der Vorstand Kaufmännischer Angestellter. Am Donnerstag, den 28. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr...

Berlin, 27. Juni. (Tel.) In der bereitwilligen Vertiefung des katastrophalen Verfalls und als Folge davon der Anpassung der Effektenbörse an diesen Zustand...

Table with columns: Banknoten, Telexabteilung, and various exchange rates for different currencies and locations.

Devisen vom 27. 6. Prag 30%, Stockholm 50%, Mailand 60%, Christiania, Kopenhagen 75%, repariert.

Markkurse des Auslands vom 26. Juni: Zürich 0,0044%, Amsterdam 0,0021. (Priv.-Tel.)

Fonds- und Aktienkurse der Königsberger Börse von Mittwoch, den 27. Juni 1923

Table listing various stocks and bonds with their respective prices and exchange rates.

Berliner Produktbericht. Berlin, 27. Juni. (Tel.) Am Produktmarkt setzte sich heute die steigende Preisbewegung...

Nachrichtliche Berliner Produktnotierungen. Berlin, den 27. Juni 1923 (Tel.)

Table with columns: Produkte, 50 Kilogr. in Markt heute, 50 Kilogr. in Markt Vortag, and various product prices.

Nachrichtliche Berliner Kaufmännischer Notierungen (ab Stationen des 27. Juni)

Table with columns: Waren, 30000-35000, 32000-35000, and various market prices.

Stempel liefert. Ehrliches, sauberes Dienstmädchen.

Ein gut möbl. Zimmer. Zwei Betten, evtl. Küchenbenutzung zu vermieten.

Schlafstelle. Zu haben, mit eigenen Betten bezugsfertig.

Ein Raum. Geeignet f. Fabrikation, möglichst von sofort zu mieten.

Wohnung. Zwei Zimmer mit Zubehör, im Zentrum der Stadt gelegen.

Ein Beamter. Sucht zum 1. Juli möbl. Zimmer.

Wohnungstausch. Welch altes Ehepaar würde junges Ehepaar als Mitbewohner aufnehmen?

fähbarem Materialmangel bis jetzt noch nicht dagewesene Kurssteigerungen erfolgten. Diese betragen bei schweren Montanwerten...

Table with columns: Banknoten, Telexabteilung, and various exchange rates.

Devisen vom 27. 6. Prag 30%, Stockholm 50%, Mailand 60%, Christiania, Kopenhagen 75%, repariert.

Markkurse des Auslands vom 26. Juni: Zürich 0,0044%, Amsterdam 0,0021. (Priv.-Tel.)

Fonds- und Aktienkurse der Königsberger Börse von Mittwoch, den 27. Juni 1923

Table listing various stocks and bonds with their respective prices and exchange rates.

Berliner Produktbericht. Berlin, 27. Juni. (Tel.) Am Produktmarkt setzte sich heute die steigende Preisbewegung...

Nachrichtliche Berliner Produktnotierungen. Berlin, den 27. Juni 1923 (Tel.)

Table with columns: Produkte, 50 Kilogr. in Markt heute, 50 Kilogr. in Markt Vortag, and various product prices.

Nachrichtliche Berliner Kaufmännischer Notierungen (ab Stationen des 27. Juni)

Table with columns: Waren, 30000-35000, 32000-35000, and various market prices.

Stempel liefert. Ehrliches, sauberes Dienstmädchen.

Ein gut möbl. Zimmer. Zwei Betten, evtl. Küchenbenutzung zu vermieten.

Schlafstelle. Zu haben, mit eigenen Betten bezugsfertig.

Ein Raum. Geeignet f. Fabrikation, möglichst von sofort zu mieten.

Wohnung. Zwei Zimmer mit Zubehör, im Zentrum der Stadt gelegen.

Ein Beamter. Sucht zum 1. Juli möbl. Zimmer.

Wohnungstausch. Welch altes Ehepaar würde junges Ehepaar als Mitbewohner aufnehmen?

Generalversammlung der Kaufmann Richard Liphardt. Die Gesellschaft wird vertreten, wenn der Vorstand aus einer Person besteht...

